

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Abonnement
vierteljährlich 1 M. 25 Pf. einschließl. des „Mittw. Unterhaltungsbl.“ u. der Humor. Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und zwar Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend. Insertionspreis: die kleinste Spalte 12 Pf. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 30 Pf.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

56. Jahrgang.

Nr. 27.

Donnerstag, den 4. März

1909.

Zulandausweise für ausländische, polnische und ruthenische Arbeiter.

Mit Beginn des Frühjahrjahres ist wieder auf einen starken Zuzug ausländischer Arbeiter zu rechnen. Das Ministerium des Innern will deshalb darauf hinweisen, daß für ausländische Polen und Ruthenen, die in Sachsen als Arbeiter in Landwirtschaft, Gewerbe oder sonst beschäftigt werden, neuerdings in deutscher Sprache abgefaßte Ausweis-papiere, Arbeiter-Legitimationskarten eingeführt worden sind, die für das Kalenderjahr gelten, in dem sie ausgestellt werden, und nach seinem Ablauf zu erneuern sind.

Zur Mitwirkung bei ihrer Ausstellung sind in Dresden und Oelsitz i. B. Abfertigungsstellen der Deutschen Feldarbeiter-Zentralstelle zu Berlin errichtet worden. Die Karten sind bei diesen Abfertigungsstellen, wo der Legitimationspflichtige dazu persönlich zu erscheinen hätte oder bei den Ortspolizeibehörden zu beantragen. Der Antrag ist für solche Legitimationspflichtige, die bereits hier in Arbeit stehen, sofort, im übrigen binnen 8 Tagen seit dem Eintritt in die Arbeit oder bei Erneuerung der Karten nach Ablauf jeden Jahres, innerhalb der ersten Woche des neuen Kalenderjahres zu stellen.

Die Karten lauten auf einen bestimmten Arbeitgeber. Wird das Arbeitsverhältnis bei diesem ordnungsmäßig gelöst, so wird solches durch die Ortspolizeibehörde der bisherigen Arbeitsstätte auf der Karte vermerkt, worauf letztere auf einen anderen Arbeitgeber durch die Ortspolizeibehörde der neuen Arbeitsstätte umgeschrieben werden darf. Dabei ist für Streitigkeiten darüber, ob das Arbeitsverhältnis ordnungsmäßig gelöst worden ist oder nicht, ein besonderes Schiedsverfahren vor Verwaltungsbehörden vorgesehen.

Legitimationspflichtige, die nicht im Besitz einer auf ihren jeweiligen Arbeitgeber lautenden gültigen Legitimationskarte sind, haben ihre Ausweisung zu gemäßen.

Ueber das Nähere dieser Einrichtung ist eine Verordnung an alle Polizeibehörden ergangen, von denen die beteiligten Arbeitgeber und Arbeiter weitere Auskunft erlangen können. Wo das Eintreffen Legitimationspflichtiger zu erwarten ist, wird den Ortspolizeibehörden empfohlen, sich schon jetzt mit den in der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 11. Dezember 1908, 2756 II A, erwähnten Vordrucken II und III ausreichend zu versehen.

Dresden, den 27. Februar 1909.

Ministerium des Innern.

Im Handelsregister ist eingetragen worden:

am 11. Februar: auf Blatt 280 — von Amtswegen:

Die Firma **Emil Thümmler** in Eibenstock ist erloschen,

am 17. Februar: auf Blatt 291

-- Firma **Bacher & Leon** betr. --

Der Kaufmann **Heinrich Rosenberg** in Berlin ist ausgeschieden. Der Kaufmann **Werner Leon** in Berlin ist in die Gesellschaft eingetreten.

am 1 März: auf Blatt 101

-- Firma **Ernst Friedr. Dörffel** betr. --

Profutura ist erteilt dem Kaufmann **Ernst Eugen Dörffel jr.** in Eibenstock, auf Blatt 213

-- Firma **C. A. Weidmüller** betr. --

Der Kaufmann **Cletus Weidmüller** in Chemnitz ist ausgeschieden. Profutura ist erteilt dem Kaufmann **Robert Johannes Weidmüller** in Chemnitz, auf Blatt 308:

Die Firma **Paul Urluss** in Eibenstock, als deren Inhaber, der Bautechniker **Paul Edmund Urluss** in Eibenstock, Geschäftsweig: Baugeschäft.

Eibenstock, am 1. März 1909.

Königliches Amtsgericht.

Das im Grundbuche für Schönheide Blatt 850, auf den Namen **Albert Guido Helmbold** eingetragene Grundstück soll am

17. April 1909, vormittags 1/2 10 Uhr

— im **Hotel Bahrischer Hof** in Schönheide — im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Das Grundstück — Wohn- und Geschäftshaus, Nr. 302 B des Brandkatasters — ist nach dem Grundbuche 3. Ar groß und auf 17 100 M. — Bfg. geschätzt; es liegt an der Hauptstraße in Schönheide. Die Brandversicherungssumme beträgt 11 630 M.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet.

Rechte auf Befriedigung aus dem Grundstück sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 26. Januar 1909 verlautbarten Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden dürfen.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Eibenstock, den 1. März 1909.

Königliches Amtsgericht.

Die russische Zustimmung.

Die russische Regierung hat der gemeinsamen Intervention der Mächte in Belgrad im Prinzip zugestimmt. Wenn nun auch noch abzuwarten ist, wie weit sich Rußland praktisch an dem Druck auf die Serben beteiligen wird, so hat doch schon seine Bereitwilligkeit, mitzutun, beruhigend gewirkt. Durch den Vorschlag einer gemeinsamen Aktion in Belgrad war Rußland vor die Wahl gestellt worden, ob es seine unklare Politik fortsetzen oder sich offen für Erhaltung des Friedens gegen die rechtlich unbegründeten Gebietsansprüche der Serben erklären wolle. Die Petersburger Presse tat so, als ob Rußland durchaus in der Lage sei, an einer aus dem serbisch-österreich-ungarischen Streit hervorgehenden kriegerischen Entwicklung aktiv teilzunehmen zu können. Als aber deutlich zutage trat, daß alle andern Mächte ernstlich entschlossen waren, die Ruhe Europas nicht durch die serbischen Schreier stören zu lassen, hörte auch das Bramarbasieren in der russischen Presse auf. Dazu hat wohl am meisten die Wahrnehmung beigetragen, daß die führenden Blätter in Paris angingen, die Situation zu erörtern, wie sie sich einerseits nach dem deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisvertrage, andererseits nach der französisch-russischen Allianz aus einem militärischen Eingreifen Rußlands für Serbien gegen das Donauraich ergeben würde, und daß sie es lächerlich fanden, die Knochen des französischen Infanteristen für die Serben einzusetzen.

Wenn es also dazu kommt, den Serben die Aussicht auf russische Hilfe zu nehmen und sie dadurch zur Einstellung der Provokationen gegen Oesterreich-Ungarn zu bestimmen, so gebührt das Verdienst der Regierung, die den Vorschlag eines gemeinsamen Druckes in Belgrad gemacht, der französischen Regierung, die in Petersburg mit Erfolg für einen Anschluß Rußlands an die Friedensmächte gewirkt hat. Mag es auch noch fraglich bleiben, ob es die unruhigen Geister in Serbien nicht doch noch zu einem bewaffneten Konflikt mit Oesterreich-Ungarn treiben werden, so kann doch Rußland, nachdem es 'einmal diplomatisch gegen die Hauptforderung der Serben aufgetreten ist, keine militärischen Maßregeln mehr ergreifen, ohne damit unzweideutig die Rolle des Angreifers zu übernehmen, d. h. auf die Hilfe seines Alliierten zu verzichten.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Unser Kaiser stattete am Dienstag vormittag auf der Reise nach Wilhelmshaven dem Großherzog von Oldenburg einen Besuch ab und setzte dann die Fahrt nach dem Nordseehafen fort, wo er von dem Prinzen Heinrich und der Admiralität empfangen wurde. Es folgte sofort die Vereidigung der 1300 Marine-Reservisten, an die der Monarch hierauf eine kurze Ansprache richtete. Der Kaiser speiste im Offizierskasino und sah abends die Admirale und höheren Offiziere zur Tafel. — Die Kaiserin stattete dem altmärkischen Ueberschwemmungsgebiet der Elbe trotz des herrschenden Schneewetters den angekündigten Teilnahme-Besuch ab. Die hohe Frau wurde von der Bevölkerung herzlich willkommen geheißen und zeigte für alles das warmste Interesse. Bei einbrechender Dunkelheit erfolgte die Heimkehr über Osterburg.

— Die neueste Kaiserrede. Die völlig unpolitische Rede, welche unser Kaiser bei der Hundertjahrfeier des preussischen Kriegs-Ministeriums in Berlin gehalten hat, und in der er namentlich auf die Bedeutung der hervorragendsten Leiter dieser Behörde, der Generale von Scharnhorst und von Moltke hinwies, hat doch im Auslande wieder viel Beachtung gefunden. Ein Zeichen, wie sehr unserem Kaiser nach wie vor die allgemeine Aufmerksamkeit gilt. Auch die Pariser Blätter rühmen die kernige Sprache dieser echt militärischen Rede.

— Neues Botschaftsgebäude in Petersburg. Wie der „Information“ gemeldet wird, soll das Palais des Großfürsten Michail Michailowitsch in Petersburg für die Summe von 3 500 000 Mark zur Einrichtung eines neuen deutschen Botschaftshotels erstanden werden, da sich das alte Hotel für Repräsentationszwecke als zu klein erwiesen hat. Die notwendigen Umbauten würden ein Jahr dauern, so daß der Umzug der deutschen Botschaft aus dem alten Hotel in das neue im April 1911 vor sich gehen dürfte. Eine Kommission deutscher Regierungsbaumeister war bereits vor einigen Wochen in Petersburg anwesend, um den Palast zu besichtigen und Anordnungen zu treffen.

— Die Steuerkommission des Reichstags hielt am vergangenen Dienstag eine Vollsitzung ab, ohne daß es ihrem Unterausschuß möglich

gewesen war, ein fertiges Kompromiß vorzulegen. Zu Beginn der Sitzung wurde das Nachlasssteuergesetz gegen die Stimmen der Freisinnigen und der Sozialdemokraten abgelehnt. Reichsparteiler und Nationalliberale erklärten, daß ihre Abstimmung noch keine endgültige sei, daß sie sich die Entscheidung vielmehr noch vorbehalten. Es befindet sich also noch nach wie vor alles in der Schwebe, u. die Besimiften glauben, daß überhaupt nichts aus der Sache wird, wenigstens nichts unter der ausschließlichen Mitwirkung der Blockparteien; die Optimisten hoffen dagegen auf eine schließliche Verständigung. Da die Dinge so und nicht anders liegen, bleibt uns nur übrig, den Gang der Verhandlungen zu verfolgen und abzuwarten.

Die sogenannten neuen Steuern. Wirft man einen Blick auf die Entwicklung der Erträge der sogenannten neuen, d. h. der im Jahre 1906 neu eingeführten Steuern, wie Zigaretten-, Frachturnden-, Fahrkarten-, Kraftfahrzeug-, Lantieme- und Erbschaftsteuer im laufenden Finanzjahr, so ist festzustellen, daß sie zu dem Fehlbetrage, der sich übrigens Ende Januar d. J. bei den sämtlichen im letzten Rechnungsjahre erschienenen Einnahmequellen auf 142,7 Mill. Mark belief, einen ganz beträchtlichen Teil lieferten. Die einzeln aufgeführten neuen Reichsteuern haben in den ersten zehn Monaten des laufenden Finanzjahres 67,4 Millionen Mark abgeworfen. Nach dem Etatsvoranschlage für 1908, der bekanntlich schon bei verchiedenen von ihnen weit geringere Ansätze erhalten hat, als ursprünglich in Aussicht genommen waren, hätten die neuen Steuern für zehn Monate 86 Millionen Mark abwerfen müssen. Es hat sich bei ihnen also ein Fehlbetrag von rund 18 1/2 Millionen Mark herausgestellt. Den allergrößten Posten in dem Defizit stellt die Erbschaftsteuer, und zwar mit nahezu an 12 Millionen Mark; dann folgt die Personenzugfahrkartensteuer mit 4,5 Millionen, die Frachturndensteuer und die Lantiemesteuer mit je über 2 Mill. Nur zwei von den Steuern haben kleinere Ueberschüsse ergeben, und zwar die Zigarettensteuer und die Kraftfahrzeugsteuer. Die Zusammenfassung dieser Lehre für die im Gange befindliche Reichsfinanzreform liegt auf der Hand.

Der Postetat. Die Budgetkommission des Reichstages setzte die Beratung des Postetats fort. Die beiden Forderungen von insgesamt 30 1/2 Millionen Mark zur Beschaffung und Unterhaltung der Appa-